

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
Ref. V

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
V/029/2017

Erlangen als Modell-Kommune der Aktion Mensch für die Umsetzung von Inklusion

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	23.02.2017	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen

13-3

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden Anteile ihrer Arbeitszeit in das Projekt einbringen.

II. Begründung

Nach mehreren Gesprächen mit der Aktion Mensch und der Beratungsfirma Matrix hat sich die Stadt Erlangen als Modellkommune für die Entwicklung einer inklusiven Stadt bei der Aktion Mensch beworben. Die im Vorjahr geschaffene Stelle für Inklusion im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt hat gemeinsam mit dem ZSL, ACCESS und der Lebenshilfe einen Antrag formuliert. Von 129 Kommunen wurden 5 ausgewählt. Neben Erlangen sind dies Schwäbisch Gmünd, Rostock, Nieder-Olm und Schneverdingen.

Die „Aktion Mensch“ wird pro Kommune bis zu 600.000,00 € investieren. Dies beinhaltet Personalkosten, Beratung bei der Konzeptarbeit, Umsetzung derselben, Fortbildung, Workshops mit den anderen Modellkommunen, Reisekosten und wissenschaftliche Begleitung.

Der Eigenanteil der Kommunen kann u. a. mit Stellenanteilen dargestellt werden, Referat V und die Inklusionsbeauftragte im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt werden Anteile ihrer Arbeitszeit einbringen.

Da die Kommune selbst nicht Antragsteller sein darf, wird das ZSL der offizielle Kooperationspartner sein. Eine sehr enge und intensive Kooperation des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt und anderen Dienststellen ist jedoch notwendig. Die Erstellung des Konzeptes, das dann bei der „Aktion Mensch“ eingereicht wird, wird auch schon von der Aktion Mensch finanziert und von der Firma Matrix begleitet.

Anlagen: Pressemitteilung - Start von Initiative „Kommune inklusiv“
Pressemittteilung – Erlangen wird Pilotregion für mehr Inklusion
Ergänzendes Faktenblatt – Aktion Mensch startet bundesweite Initiative

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Stadtrat am 23.02.2017

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden Anteile ihrer Arbeitszeit in das Projekt einbringen.

mit 43 gegen 0 Stimmen

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Friedel
Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang